

## **Aktuelle Pressemitteilung**

Pressemitteilung vom 07.03.2005

Thema: [Familienpolitik](#)

### **LENKE/KOLB: Jetzt ist Bundeskanzler Schröder persönlich gefordert!**

Berlin: Zur heutigen Experten-Anhörung des Familienausschusses zum Antidiskriminierungsgesetz (ADG) der Bundesregierung, erklären die Bericht erstattende Abgeordnete der FDP-Bundestagsfraktion im Familienausschuss, Ina LENKE, und der sozialpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Heinrich KOLB:

Jetzt ist Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich gefordert! Wenn der Bundeskanzler nach der heutigen Anhörung nicht den vorgelegten ADG-Entwurf zurückzieht, begeht er einen schwerwiegenden Verstoß gegen seinen Amtseid. Denn mit diesem rot-grünen Antidiskriminierungsgesetz wird niemandem geholfen und vielen geschadet! Das ist auch die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Sachverständigen bei der heutigen Bundestagsanhörung zum ADG, in der großer Veränderungsbedarf am Gesetz angemeldet wurde. Die FDP tritt entschieden gegen jede Form von Diskriminierungen und Intoleranz ein und unterstützt die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in deutsches Recht. Aber: Das von der Bundesregierung vorgelegte ADG ist handwerklich mangelhaft, wird zu weniger statt mehr Rechtssicherheit führen und geht weit über die Vorgaben der EU hinaus. Es enthält zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe, die erst durch langwierige Gerichtsverfahren konkretisiert werden müssen.

Die FDP lehnt vehement ab, dass mit dem ADG die Forderungen Benachteiligter auf Schadensersatz oder Entschädigung an Antidiskriminierungs-Verbände abgetreten werden können. Auch eine Umkehr der Beweislast zulasten des Beklagten ist mit der FDP nicht zu machen. Mit der Ausweitung der Rechte von Gewerkschaften im Betrieb schafft die Bundesregierung ein weiteres Beschäftigungshemmnis. Die Besetzung freier Stellen wird gerade für den Mittelstand, der eine umfassende Dokumentation jedes Stellenbesetzungs-Verfahrens nicht leisten kann, zu einem unkalkulierbaren finanziellen Risiko. Der Gesetzentwurf greift schwerwiegend und unnötigerweise in die grundrechtlich geschützte Vertrags- und allgemeine Handlungsfreiheit ein. Eine Prozessflut und hoher bürokratischer Aufwand sind vorprogrammiert.

Die FDP ist sicher: Der Abbau von Diskriminierungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Allein der Glaube von Rot-Grün an den starken Staat hilft nicht weiter. Hierfür ist vielmehr ein verändertes Bewusstsein notwendig. Wir müssen gemeinsam eine Kultur des Miteinander entwickeln, in der Diskriminierung und Vorurteile geächtet und Vielfalt und Unterschiedlichkeit akzeptiert und toleriert werden.